

Teilprojekt D5 – Neuantrag

**Vom alternden Versicherungsstaat
zum Zukunft sichernden Standortstaat?
Demographie und Staatswandel**

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt D5

3.1.1 Titel

Vom alternden Versicherungsstaat zum Zukunft sichernden Standortstaat? Demographie und Staatswandel

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Demographie, Politische Soziologie

3.1.3 Leiterin

Prof. Dr. Hilke Brockmann
Geb. 24.03.1965
Graduate School of Social Sciences
Universität Bremen
FVG
Wiener Strasse/Ecke Celsiusstrasse
28334 Bremen
Tel.: 0421/218-4162
E-Mail: brockmann@gsss.uni-bremen.de

Die Projektleiterin ist an der GSSS befristet beschäftigt und wird ab 1.8.2006 bei der IUB bis 31.7.2013 beschäftigt sein. Eine Verlängerung des Vertrages ist möglich.

3.1.4 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.5 Beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
2007	41,4	11,9	–	53,3
2008	41,4	16,3	–	57,7
2009	41,4	3,0	–	44,4
2010	41,4	3,0	–	44,4
Σ2007-2010	165,6	34,2	–	199,8

(Beträge in Tausend €)

3.2 Zusammenfassung

Kurzfassung

Das Projekt untersucht, inwieweit die rasche demografische Alterung aller OECD-Nationen die Rolle des Staates grundlegend verändert. Wandelt sich der für den DRIS des goldenen Zeitalters typische Mix von Nachwuchsförderung, Zuwanderung und Alterssicherung in Diskursen, Politiken und Institutionen? Wir erwarten einen strategischen Konfigurationswandel von einem *alternden Versicherungsstaat* hin zu einem *Zukunft sichernden Standortstaat*.

Langfassung

Ziel des Projektes ist es herauszufinden, ob und wie sich die Rolle moderner OECD-Staaten ändert, wenn deren Bevölkerung altert. Ausgangspunkt des Projekts ist der demokratische Rechts- und Interventionsstaat (DRIS) der Nachkriegszeit, der seine Bevölkerungsentwicklung als Verhältnis zwischen den Generationen umfangreich aber implizit durch die Institutionen der Alterssicherung steuert. Die an diesen Versicherungsstaat geknüpften langfristigen Versprechen erscheinen jedoch angesichts der Alterung als immer weniger glaubwürdig und finanzierbar. Deshalb, so die Hypothese, wandelt sich der DRIS durch Privatisierung in altersorientierten und Verstaatlichung in nachwuchsorientierten Politikfeldern zum *Zukunft sichernden Standortstaat*, der um (potentielle) Leistungsträger konkurriert und seine Bevölkerung aktiv bewirtschaftet. Das Projekt wird diesen Konfigurationswandel anhand generationenpolitischer Diskurse, Politiken und Institutionen in der Familien-, Zuwanderungs- und Rentenpolitik beschreiben. Ob und welche Zusammenhänge zwischen diesen drei, vielfach analysierten Feldern bestehen, ist bislang unerforscht. Ein qualitativer und quantitativer Methodenmix bestimmt den Einfluss der demografischen Entwicklung neben weiteren Antriebskräften (Individualisierung, Tertiarisierung, globaler Wettbewerb) und identifiziert politische Institutionen und Interessengruppen als zentrale Weichensteller.

Erste Phase (2007-2010)	Zweite Phase (2011-2014)
<ul style="list-style-type: none">– Beschreibung des Staatswandels in den Kernländern der OECD und vertieft in zwei Länderfallstudien mit altersorientierten Generationenpolitiken (D, USA)– Erklärende qualitative und quantitative Analysen	<ul style="list-style-type: none">– Länderfallstudien mit nachwuchsorientierten Generationenpolitiken (F, SWE); Validierung der erklärenden Analysen– Folgen und Bewertung des Konfigurationswandels

3.3 Ausgangssituation des Teilprojekts

3.3.1 *Stand der Forschung*

Es gibt keinen Staat ohne Staatsvolk. Die Bevölkerung eines Landes ist konstitutiv für den Staat, aber sie ist keine verlässliche Konstante. Fertilität, Mortalität und Migration beschreiben kontinuierliche Prozesse, die die demografische Struktur und Größe von Staaten ständig verändern können. Im Projekt wird untersucht, inwieweit und auf welchen Wegen die rasche demografische Alterung heutiger OECD-Nationen zu einem anderen Staat führt. In öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen wird oft vermutet, eine alternde Bevölkerung blockiere notwendige staatliche Reformen, verhindere Zukunftsinvestitionen und schwäche so den Staat (z.B. Gokhale & Raffelhüschen 2000; Sinn & Uebelmesser 2002). Eine systematische Erforschung des Einflusses von Demographie auf Staatlichkeit fehlt jedoch bis auf wenige Ausnahmen (Leisering 1992, 1996). Das im Folgenden entworfene Projekt stößt in diese Forschungslücke.

Das Problem: der Territorialstaat, seine Aufgaben und seine Generationen als Standort sichernde Ressource

Schon in der Antike interessierten sich politische Machthaber für die Bevölkerungsentwicklung in ihren Territorien, um expansive militärische Ziele zu verfolgen (Glass 1940; Stangeland 1904; Wilkinson 1978). Mit der Entstehung moderner Territorialstaaten verstärken außenpolitische Machtansprüche, aber auch die militärische Ordnung selbst (stehendes Heer, allgemeine Wehrpflicht) und wirtschaftliche Motive (Malthus 1776 [1789]) das Interesse politischer Eliten an einer (nachhaltig) wachsenden Bevölkerung. Diese wird als Ressource verstanden, die der moderne Staat zunächst vor allem implizit durch die Ausweitung und Garantie individueller Menschenrechte beeinflusst, so durch Liberalisierung von Heiratsvorschriften, Empfängnisverhütung, Abtreibung, Migration. Im vergangenen Jahrhundert werden dann im faschistischen Deutschland, in geringerem Ausmaß auch in Italien, liberale Bevölkerungspolitiken autoritär mit einer rassistisch-eugenischen, pro-natalistischen Ideologie verknüpft und folgenreich umgesetzt (Ipsen 1998; Quine 1996).

Die demokratischen Rechts- und Interventionsstaaten (DRIS) der Nachkriegszeit betreiben hingegen – vielleicht bis auf Frankreich – *keine gezielte und koordinierte Bevölkerungspolitik* (Chamie 1994; Geißler 1990; McIntosh 1981, 1986; Westoff 1984). Darin spiegelt sich jedoch kein staatliches Desinteresse, sondern die typische generationenpolitische Neuausrichtung der Territorialstaaten der Nachkriegsjahrzehnte.

Statt nach militärischer Expansion streben die Staaten der OECD-Welt nach „innerer Konsolidierung“ und „Wohlstand für alle“ (Erhard) (vgl. Cameron 1978, 1984; Garrett 1998; Hockerts 1986; Katzenstein 1996). Der DRIS des „Goldenen

Zeitalters“ ist für seine Bevölkerung vor allem ein nationaler (Sozial-)Versicherungsstaat, der die „soziale Teilhabemöglichkeit für jedermann“ ein Leben lang sichern soll (Kaufmann 1996, 25-26). Bevölkerungspolitik wird als *implizite Generationenpolitik*, oder genauer durch implizite Generationenpolitiken, betrieben, die in vielfältiger Weise und in einem bis dahin ungekannten Ausmaß das Verhältnis der jungen, mittleren und alten Generationen zueinander regeln und verstaatlichen, ohne die Wirkungen zu planen. „(...) [I]n the majority of the countries, an attitude of indifference prevails: the population is considered as a datum, an exogenous variable which has to be accepted, but cannot be modified or influenced“ (Levi-Bacci 1974, 192).

Dass diese impliziten Generationenpolitiken keinem gezielten, administrativ koordinierten staatlichen Handeln entspringen, zeigt sich auch in den unbeabsichtigten generationenrelevanten Auswirkungen staatlicher Familien-, Migrations- und Alterssicherungspolitik. So korrelieren etwa die relativen sozialstaatlichen Ausgaben für Ältere gegenüber den Ausgaben für Familien und Kinder negativ mit der Fertilität in den Ländern der EU (Kaufmann u.a. 2002, 446). Auch bei dem in der Migrationspolitik einflussreichen Nachzug von Familienmitgliedern steuert der Staat weder die Größe noch die demografische Verteilung dieser Zuwanderer (Hollifield 1992; Joppke 1998a, b). Schließlich setzen Alterssicherungssysteme, die an der Erwerbsarbeit orientiert und umlagefinanziert sind, Anreize, aus dem staatlichen Generationenvertrag auszusteigen. Familien, vor allem Mütter und pflegende Töchter, sind gegenüber kinderlosen und nicht pflegenden Erwerbstätigen (auch im Alter finanziell wesentlich benachteiligt (BMFSFJ 2006; Bundesverfassungsgericht 2001; Krause & Zähle 2005; Rupp & Bierschock 2005).

Diese ungewollten Folgen (oder zumindest Korrelationen) impliziter Generationenpolitiken stellen den Staat vor Probleme, wenn die produktive mittlere Generation nicht in dem gleichem Umfang wächst (oder bereits schrumpft) wie die nicht mehr im Erwerbsleben stehende ältere Generation und wenn gleichzeitig dieser mittleren Generation Exit-Optionen (Hirschman 1970) offen stehen (Kinderlosigkeit, Emigration).

Bereits seit den 1950er Jahren wächst die ältere Bevölkerung in allen OECD Ländern rasch (Kannisto u.a. 1994). Seit Mitte der sechziger Jahre sinken zudem die Fertilitätszahlen („Pillenknick“) wieder (Chesnais 1992; Kohler, Billari & Ortega 2002; Lesthaege & Willems 1999). Wanderungsbewegungen schwanken. OECD-Staaten erleben eine positive Netto-Zuwanderung, auch von zunehmend mobileren Hochqualifizierten (OECD 2002), die jedoch den altersstrukturellen Wandel nicht ausgleicht (OECD 2004). Unter diesem demografischen Problemdruck droht das *intergenerative Verteilungs- und Machtgefüge* des modernen Territorialstaates aus den Fugen zu geraten. In Schlagworten wie „Krieg der Generationen“, „Gerontokratie“ oder „egoistische Generationen“ findet dieser Konflikt Ein-

gang in die wissenschaftliche wie in die öffentliche Debatte (Arber & Attias-Donfut 2001; Johnson, Conrad & Thomson 1989; MacManus 1995, 1996; S.P. Morgan 2003b; Pampel 1994; Preston 1984; Price 1997; Thomson 1991; Wolf & Kohli 1998; Zimmer 2001). Wie, so lautet die zentrale Fragestellung des Projekts, reagieren moderne Territorialstaaten auf dieses demografische Bedrohungsszenario?

Die Beschreibung: Drei Auswege aus der „Alterungs- und Schrumpfungsfalle“

Denkbar sind drei strategische Auswege aus der „Alterungs- und Schrumpfungsfalle“:

1. *Der Staat ignoriert das demografische Problem – zumindest für einen bestimmten Zeitraum – und greift nicht ein.*

Reformen des Rentensystems sind politisch schwierig und werden deshalb oft vermieden, verdrängt oder verschoben (Pierson 1996). Fehlende Reformen bedeuten aber nicht zwingend auch das Ausbleiben von Wandel (Alber 2003; Genschel 1997; Hacker 2004; Thelen 2003). So kann eine unveränderte Rentenpolitik unter veränderten Bedingungen (z.B. Wirtschaftswachstum) ungleiche Auswirkungen haben, so können etablierte Rentenprogramme „inkrementell“ um neue Aufgaben (z.B. Subventionierung privater Altersvorsorge) erweitert werden oder es können sich politische Institutionen informell neu ausrichten (z.B. durch die Nutzung der Frühverrentung zum Personalabbau privater Betriebe). Diese Veränderungen transformieren womöglich das betroffene Politikfeld Alterssicherung aber nicht unbedingt den Staat: „Privatizing Risk without Privatizing the Welfare State“ (Hacker 2004).

2. *Der Staat passt seine Institutionen den veränderten demografischen Bedingungen an.*

Ein großer Teil der Forschung zum wohlfahrtsstaatlichen Wandel hat aber gerade die grundlegenden, qualitativen Veränderungen in der Organisation staatlicher Aufgaben, im Verhältnis öffentlicher Fürsorge und privater Eigenverantwortung, und allgemein in der Rolle des Staates gegenüber seinen Bürgern zum Thema. Dabei geht es seit den siebziger Jahren vor allem um die Konsolidierung der Ausgabendynamik in der sozialen Sicherung (Myles & Pierson 2001; Pierson 1994; Schludi 2005), um eine größere Rolle privatwirtschaftlicher Organisationsformen (Brooks 2001; Clark u.a. 2004) oder um supranationale Koordination (Anderson 2000; Leibfried & Pierson 1995; Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1999, 2001; Pochet 2003).

Ob die Reformen in der Rentenpolitik den Generationenvertrag grundlegend transformieren oder gar bedrohen, ist fraglich (Hinrichs 1998; Nullmeier 1996). Denn stagnierenden oder gar real sinkenden Renten stehen auch steigende Ausgaben der öffentlichen Rentensysteme und weniger generöse Rentenansprüche der nachwachsenden Generationen gegenüber. Der verkürzte Blick ausschließlich auf

ein Politikfeld und damit nur auf die ältere Generation klärt nicht auf, ob und wie der Staat durch seine Reformpolitik das Verhältnis zwischen den Generationen grundlegend neu gestaltet (Kaufmann 2005a, b; Ott 2003; Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen 2001).

3. *Der Staat wirkt aktiv auf eine günstigere Bevölkerungsstruktur hin.*

Durch Pronatalismus und Immigration kann der Staat der demografischen Alterung aktiv entgegensteuern. Zu einer aktiven Nachwuchs- und Standortpolitik wird heute aber auch die Bildung gezählt (Kaufmann 2005a; Ott 2002)¹. Diese nachhaltige Bewirtschaftung von Bevölkerungsressourcen in einem Wettbewerbs- oder Standortstaat hat im sozialpolitischen Diskurs ihre Entsprechung.

Leisering (2004) identifiziert hier zwei neue Paradigmen, die sich an die gesamte Bevölkerung oder an jetzige und zukünftige Generationen richten: die produktivistische Gerechtigkeit und die Teilhabegerechtigkeit. In dem Paradigma der Teilhabegerechtigkeit wird Generationengerechtigkeit nicht mehr als Altersgruppen- sondern als Kohortengerechtigkeit neu oder undefiniert. Zudem werden zukünftige Generationen höher bewertet, denn: „Die verstärkte Umwidmung gesellschaftlicher Ressourcen zu jungen Menschen auf Kosten alter [...] stärkte die Innovations- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft. Dies stützt ein neues Leitbild des Wohlfahrtsstaats, den ‚sozialinvestiven Staat.‘“ (Leisering 2004, 39).

Manifest wird dieses neue Leitbild in jüngeren Reformen der Familien- und Zuwanderungspolitik, die zielgenauer auf bestimmte demografisch relevante Gruppen und deren Bedürfnisse zugeschnitten werden. Arbeitsmarktaktivierung von Eltern oder der Ausbau von Kinderbetreuung sind familienpolitische Ziele in nahezu allen westlichen Staaten und am weitesten verbreitet in Staaten mit einer relativ höheren Fertilität (Gerlach 2004; Pfenning & Bahle 2000). Auch steigen die Sozialbudgets für Familien während sie für alle anderen sozialpolitischen Bereiche sinken (Obinger u.a. 2005). Die produktive Aufgabe der Familie für die Ressource Kinder und deren Humankapital wird zunehmend angeregt und anerkannt. Staatliches Engagement spiegelt sich auch in der Ausweitung des Bildungsauftrags auf immer jüngere Altersgruppen (Allmendinger & Leibfried 2003; Esping-Andersen 2002; Kaufmann 2005a; Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen 2001).

Ferner betreiben immer mehr Staaten einerseits eine gezielte Rückführungspolitik von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern und bemühen sich andererseits um die Ausweitung der Rechte von Kindern der Migranten und um die Vereinfachung von Einbürgerungen bestimmter Migranten (Currle 2004). Wenngleich Staaten nur

¹ Anders als auf der mikroökonomischen Entscheidungsebene (Becker 1976) ist auf der Ebene ganzer Gesellschaften nicht erforscht, ob und wie viel Bildung den fehlenden Nachwuchs ersetzen kann. Unbestritten ist aber, dass schlecht (aus)gebildete Kinder keine Ressource für den modernen Staat darstellen. Das Fundament für Humankapital oder Humanvermögen wird früh im Leben gelegt. In unsere Analysen gehen deshalb Bildungsaspekte als Teil der Familien- und Migrationspolitik ein.

unzureichend die Wanderungszahlen steuern können, so versucht doch die Migrationspolitik, eindeutig die Bedingungen der Zu- oder Abwanderung zu bestimmen (Cornelius & Rosenblum 2005).

Synthese: Vom alternden Versicherungsstaat zum Zukunft sichernden Standortstaat?

Wir erwarten, dass moderne Territorialstaaten auf alle drei Strategien zurückgreifen, weil sie unterschiedlich schnell und nachhaltig wirken, weil sie auf unterschiedliche Generationen und politische Gruppierungen abzielen und weil Staaten unter der Bedingung raschen demografischen Alterns aus ihren Versäumnissen lernen müssen. Dieser Strategie-Mix in den demografisch relevanten Politikfeldern Familie, Migration und Alterssicherung verändert Staatlichkeit, in dem er, so unsere zentrale Hypothese, einen „*doppelten Staatswandel*“ durch Privatisierungen (in der Alterssicherung) und Verstaatlichungen (in der Nachwuchssicherung) auslöst. Der alternde Versicherungsstaat wird durch diese gegenläufigen Entwicklungen auf der modalen Achse zum *Zukunft sichernden Standortstaat* transformiert, der im Wettbewerb um (potentielle) Leistungsträger sein Eingreifen nicht mehr aus der Bilanz des Vergangenen, sondern im Vorgriff auf mögliche, zukünftige Entwicklungen rechtfertigt, der seine administrativen wie politischen Entscheidungskompetenzen und finanziellen Ressourcen für eine Nachwuchs sichernde Familien- und Migrationspolitik auf zentraler Ebene konzentriert, aber für die Alterssicherung zurückbaut und der zielgenaue Steuerungsinstrumente entwickelt.

Ein Ergebnis dieses Konfigurationswandels könnte die Entstehung eines neuen Politikfeldes mit besonderen Einheiten im Regierungssystem, mit der Entstehung einschlägiger Interessengruppierungen und Diskurse sein. Der Staat betreibt unter diesen Bedingungen eine *explizite Generationenpolitik*, und versucht so die staatlichen Problemlagen des demografischen Alterns zu entschärfen (Kaufmann u.a. 2002, 429ff.). Die auf der nächsten Seite folgende Tabelle bildet den erwarteten Konfigurationswandel des alternden Territorialstaates idealtypisch anhand von generationenpolitischen Diskursen, Policies und Institutionen ab (Brockmann & Mätzke 2006d²).

Die Erklärungen

Was sind die Ursachen für die Transformation des alternden Versicherungsstaates? Eine spezifische bevölkerungspolitische Forschung gibt es hier nicht, die folgenden kursorischen Ausführungen stützen sich auf Faktoren, die in der sozialwissenschaftlichen Literatur generell als entscheidende Ursachen politischen Wandels diskutiert werden.

² Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3.3 und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis.

Problemdruck oder Antriebskräfte

Der Anstieg der älteren Bevölkerung durch eine längere Lebenserwartung im fortgeschrittenen Alter setzt bereits in den fünfziger Jahren in allen OECD-Staaten ein. Zum politischen Problem aber entwickeln sich die steigenden fiskalischen Ausgaben für die wachsende ältere Bevölkerung erst seit der Ölpreiskrise seit den frühen

Tabelle 1: Der Idealtypische Konfigurationswandel des Territorialstaats

		Alternder Versicherungsstaat	Zukunft sicherer Standortstaat
Policies	Paradigmatische Diskurse	<i>soziale Sicherheit vor allem im Alter</i>	<i>Chancengleichheit und Wachstumschancen durch Investitionen in Nachwuchs und Zuwanderung</i>
	Zugang/ Inklusion	direkt durch den <i>Status als Erwerbstätiger</i> , indirekt als Familienmitglied eines Erwerbstätigen oder ehemaligen Erwerbstätigen	direkt als potentieller oder aktueller <i>Leistungsträger</i> innerhalb wie außerhalb des Erwerbslebens
	Leistungsrechte	Anrechte auf <i>Geldtransfers</i> nach dem <i>Kausalitätsprinzip</i> , dadurch ein Fokus auf mittlere und alte Bevölkerungsgruppen	Anrechte auf <i>Realtransfers</i> nach dem <i>Finalitätsprinzip</i> , von dem alle Altersgruppen profitieren, besonders aber jüngere und mittel alte Bevölkerungsgruppen
	Finanzierung	<i>Intergenerative Finanzierung</i> und umfassende Umverteilung von der mittleren zu den älteren und jüngeren Bevölkerungsgruppen durch Besteuerung des Faktors Arbeit	Zunehmende <i>intragenerative Finanzierung</i> und Umverteilung innerhalb bestimmter Zeitperioden durch steuerliche Subventionen privater Sicherungsanstrengungen; staatliches Engagement zunehmend <i>selektiv</i> und auf Zukunftsinvestition ausgerichtet
Institutionalisierung	administrative Zentralisierung von altersorientierten Politiken; alterspolitische Interessengruppen	administrative Zentralisierung und Bündelung von nachwuchs- und generationenorientierten Politiken; nachwachspolitische Interessengruppen	

1970er Jahren. Für diese fiskalischen Probleme macht die Forschung aber auch andere Entwicklungen verantwortlich. Als *usual suspects* (Schwartz 2001) werden die *Globalisierung*, die *Tertiarisierung* und die *Transformation privater Lebensformen* genannt. Die Forschungsliteratur zu jedem dieser drei gesellschaftlichen Trends ist

groß und unentschieden, was die Auswirkungen auf den Staat angeht (stellvertretend vgl. Esping-Andersen 1999; Genschel 2004).

Wohlfahrtsregime und politische Institutionen als Weichensteller

Verschiedene *Wohlfahrtsregime* prägen wesentlich die Ausgestaltung des generationenpolitischen Kontrakts, filtern entsprechend diesen Anpassungsdruck³ und rahmen Lösungen pfadabhängig (z.B. Ebbinghaus & Manow 2001; Esping-Andersen 1990; Hicks & Kenworthy 2003; Korpi & Palme 2003). Zudem nehmen politische Institutionen Einfluss auf Reformvorhaben (vgl. Immergut 1992; Lijphart 1999; Scharpf & Schmidt 2000a, b; Tsebelis 2002).

Interessenmobilisierung der politischen Akteure

Politische Akteure müssen generationenpolitische Ziele aufgreifen und zu ihren Interessen machen. In der Forschung zu generationenrelevanten Politikfeldern wird die Mobilisierung von Interessen untersucht, und die Positionen, Aktivitäten und Machtressourcen von politischen Akteuren werden analysiert. Sie hat aber keinen generationenpolitischen, sondern einen klassenpolitischen oder weltanschaulichen Fokus (Baldwin 1990; Huber & Stephens 2001; Korpi 1983; Mares 2003; K.J. Morgan 2003a; Swenson 2002; van Kersbergen 1995). Es fehlen Forschungsergebnisse, die die Artikulation und Mobilisierung generationenpolitischer Interessen systematisch über das Spektrum der hier interessierenden Politikfelder bilanzieren.⁴

Nach Claus Offe (1981, 147-148) können sich Interessen entweder durch individuelle Entscheidungen (als Wähler, Investoren, potenzielle Aktivisten, usw.) oder durch politische Mobilisierung und kollektives Handeln in politischen Organisationen artikulieren.

Was erstere betrifft, so gibt es zu den Interessen der älteren Generation im Verhältnis zu denen der Jüngeren eine umfangreiche Literatur. Sie zeigt, dass die steigende Altersverteilung in politischen Parteien zu einer stärkeren Organisation von Altenpolitiken führt, dass die Zahl der Lobbyisten und Interessengruppen älterer Menschen zunimmt (Campbell 2003; Day 1998; Morris 1996; Morris u.a. 1986; Walker & Naegele 1999; Wallace & Williamson 1992). Der Einfluss altersspezifischer Interessen in bestehenden politischen Organisationen scheint jedoch begrenzt, begrenzter als der Einfluss privater Kapitalinteressen (Binstock & Quadagno 2001; Walker 1999).

³ Wir schließen damit nicht aus, dass Wohlfahrtsstaatsregime selbst auch demografische Veränderungen verursachen können und insofern endogen wirken. Dieser Zusammenhang wäre statistisch in einer Mehrprozessanalyse zu kontrollieren.

⁴ Es gibt allerdings eine Vielzahl von Einzelstudien zu generationenspezifischen Präferenzen, die auf spezielle Maßnahmen und Programme bezogen sind (Mulligan & Sala-i-Martin 1999; Ponza u.a. 1988; Rhodebeck 1993; Steiber & Ferber 1981; Tedin, Matland & Weiher 2001).

Dennoch und stellvertretend für viele andere, vor allem wirtschaftswissenschaftliche Studien prognostizieren Sinn und Übelmesser (2002) gerontokratische Verhältnisse aufgrund der Alterung des Medianwählers am Beispiel Deutschlands nach 2016. Implizite Annahme der Medianwähler-These ist, dass die alternde Bevölkerung altersegoistische politische Interessen besitzt und zielstrebig verfolgt. Die Befunde der empirischen Forschung sind jedoch auch hier unentschieden (Binstock 1997; Button 1992; Kohli 2005; Logan & Spitze 1995; Naegele & Walker 1999).

Was politische Mobilisierung in Organisationen, Claus Offes zweite Form der Interessenartikulation, betrifft, so sind die Effekte generationenspezifischer Interessen hier noch schwieriger auszumachen. Die Durchsetzungsfähigkeit von Generationeninteressen und ihr Einfluss auf die Politik hängen wesentlich von der Art ihrer Einbindung in etablierte Organisationen des politischen Systems ab. Fred Pampel argumentiert beispielsweise, dass Politiken mit starkem Altenbias in korporatistischen politischen Systemen mit starken Linksparteien unwahrscheinlicher werden (ähnlich: Lynch 2003, 2006; Pampel 1994).

Fazit

Die demografische Alterung moderner OECD-Staaten gilt als eine zentrale Antriebskraft für die fiskalische Krise moderner Staaten. Inwieweit der (relative) Anstieg der Älteren jedoch eine staats-transformierende Wirkung entfaltet, ist bislang nicht systematisch erforscht. Das hier vorgeschlagene Teilprojekt nimmt das strategische Interesse des Staates an einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung in Zeiten gesellschaftlicher Modernisierung und globaler Standortkonkurrenz zum Ausgangspunkt. Wir vermuten einen Konfigurationswandel vom *alternden Versicherungsstaat* zum *Zukunft sichernden Standortstaat*, der sich in der parallelen *Entstaatlichung altersorientierter Politikfelder* und einer *Verstaatlichung nachwuchsorientierter Politikfelder* niederschlägt. Welche Rolle die demografische Alterung neben anderen Antriebskräften und dem Einfluss von Interessengruppen spielt, ist hier Gegenstand erklärender Analysen.

3.3.2 Eigene Vorarbeiten

Hilke Brockmann hat in der Vergangenheit intensiv zu Fragen des demografischen Alterns geforscht. Im Mittelpunkt standen sowohl mikrosoziologische Aspekte wie die Lebensführung älterer Menschen oder Fertilitätsentscheidungen als auch makrosoziale Phänomene wie der Rückgang der Mortalität (Brockmann 1998, 2001, 2000a). Viele Arbeiten zielen auf die Wechselwirkung von demografischer Entwicklung und politischem System (Brockmann 2000b, 2001, 2002, 2006a, b, c, d). Hierbei hat sie neben institutionellen Einflussfaktoren auch die besondere Bedeutung von Kohorten- und Periodeneffekten nachgewiesen. In einer aktuell bearbeiteten

ten Studie untersucht sie den Einfluss von Renten- und Gesundheitspolitik auf die Gesundheit älterer Menschen im deutsch-amerikanischen Vergleich (2006e). Auch erstellt sie gegenwärtig eine Datenbank zur Demographie von politischen Abgeordneten. Die Generationenproblematik ist ein zentraler Gegenstand in einer Untersuchung zur Familien-, Migrations- und Alterssicherungspolitik in Deutschland und den USA (2006d), zum Glücksempfinden in Ostdeutschland und China, die sie zusammen mit Hao Yuan anfertigt und in einer aktuellen Studie zur Pflege in den letzten Lebensjahren. Methodisch hat sie sowohl Erfahrung in der quantitativen Mehrebenenanalyse (2004), in Prognosen (2006a) als auch in qualitativer Forschung, vor allem in der qualitativen Inhaltsanalyse und im qualitativen Experteninterview (1994).

3.3.3 *Liste der publizierten einschlägigen Vorarbeiten*

(I.) Referierte Beiträge für

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

1. mit Thomas Klein (2004) Love and Death in Germany. The Marital Biography and Its Effect on Mortality, in: *Journal of Marriage & Family* 66:3, 567-581
2. (2002) Why is Less Money Spent on Health Care for the Elderly than for the Rest of the Population? Health Care Rationing in German Hospitals, in: *Social Science & Medicine* 55:4, 593-608
3. (2001) Girls preferred? Changing Patterns of Sex Preferences in the Two German States, in: *European Sociological Review* 17:2, 189-202
4. mit Arjan Gjonca & Heiner Maier (2000a) Old-Age Mortality in Germany prior to and after Reunification, in: *Demographic Research* 3:1 (<http://www.demographic-research.org/volumes/vol3/1/3-1.pdf>), 29 S.
5. (1994) Das wiederbewaffnete Militär. Eine Analyse der Selbstdarstellung der Bundeswehr zwischen 1977 und 1994, in: *Soziale Welt* 45:3, 279-303

(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

1. (2000b) *Eine mikro-ökonomische Innenansicht der Frühverrentung – ein falsch genutztes Politikkonzept?* Berlin: ASU
2. (1998) *Die Lebensorganisation älterer Menschen. Eine Trendanalyse*, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag

(c) Sammelbandbeiträge

(d) wesentliche Fachkongresse

(e) Arbeitspapiere

(III.)Eingereichte Beiträge

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

3. Brockmann, Hilke & Jutta Gampe (2006a) The Health Care Bill for Longevity. Forecasting future hospital expenses in Germany, in: *Social Sciences & Medicine* (im Re-

- view-Verfahren) erschienen als MPIDR working paper 007; <http://www.demogr.-mpg.de/Papers/Working/wp-2005-007.pdf>
4. Brockmann, Hilke, Rolf Müller & Wolfgang Voges (2006b) Der Anstieg psychischer Erkrankungen – eine Folge der demografischen Alterung oder politischer Reformen, in: *Das Gesundheitswesen* (im Review-Verfahren)
(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)
 5. Brockmann, Hilke (2006c) Altersrationierung und Generationengerechtigkeit am Beispiel des Krankenhauspatienten, in: Karl-Siebert Rehberg, Hg., *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede*. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Frankfurt a. M. (i. E.)
(c) Sammelbandbeiträge
(d) wesentliche Fachkongresse
(e) Arbeitspapiere
 6. Brockmann, Hilke & Margitta Mätzke (2006d i.E.) Governing Generations. A Comparison of Policies for Families, Immigrants, and the Elderly in Germany and the United States. Bremen: Universität (Sfb working papers, im Begutachtungsverfahren)
 7. Brockmann, Hilke (2006e i.E.) Reforms that Go Under Your Skin. Age, Cohort, and Period Inequalities in Germany and the US. Bremen: Universität, GSSS (GSSS working papers, im Begutachtungsverfahren)
 8. mit Margitta Mätzke (2006) Governing Generations. A Comparison of Policies for Families, Immigrants, and the Elderly in Germany and the United States, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Papers, im Begutachtungsverfahren)
 9. (2006) Reforms that Go Under Your Skin. Age, Cohort, and Period Inequalities in Germany and the US, Bremen: Universität, GSSS (GSSS Working Papers, im Begutachtungsverfahren)

3.4 Planung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

3.4.1 Forschungsziele

Überblick

Mit dem Projekt verfolgen wir drei Ziele:

- *Beschreibung*: Wir wollen den typischen Mix von generationenpolitisch relevanten Strategien in den alternden Ländern der OECD-Welt, vertieft aber in *Deutschland, USA, Frankreich* und *Schweden*, darstellen und den durch sie erwarteten Wandel vom alternden Versicherungsstaat zum Zukunft sichernden Standortstaat *beschreiben*. Gegenstand des Projekts sind zentrale generationenpolitische Diskurse, Reforminitiativen und institutionelle Veränderungen in der *Familien-, Migrations- und Alterssicherungspolitik*.

- *Erklärung:* Im Anschluss an die Beschreibung sollen die entscheidenden Ursachen für den typischen Strategie-Mix identifiziert werden. Dabei wird die *demografische Alterung* der Bevölkerung als eine Antriebskraft unter anderen und vermittelt durch die *institutionelle Logik* und *altersspezifische Interessenmobilisierung* des politischen Systems modelliert. Das generelle Problem der Überdeterminierung makrosozialer Phänomene bei kleinen Fallzahlen werden wir mit einem *methodischen Mix* aus qualitativen und quantitativen Mikro- und Makroanalysen zu umgehen versuchen.
- *Folgenabschätzung:* Abschließend geht es in diesem Teilprojekt darum, die Folgen des Wandels für den zukünftig gealterten Staat abzuschätzen. Es ist zu prüfen, ob der Territorialstaat der „Alterungs- und Schrumpfungsfalle“ nachhaltig entkommt. *Nachhaltigkeit* soll in diesem Zusammenhang an der *fiskalischen Entwicklung*, an der *sozialen Ungleichheit* zwischen demografisch relevanten Gruppen und schließlich am *Vertrauen* jedes einzelnen in den Staat festgemacht werden.

Erste Phase (2007-2010)	Zweite Phase (2011-2014)
<ul style="list-style-type: none"> – Beschreibung und Exploration des staatlichen Wandels in OECD-Ländern (quantitative Makro-Analyse) – Identifikation von Ursachen des Staatswandels in D und USA (qualitative Fallstudien) 	<ul style="list-style-type: none"> – Erklärende und validierende Fallstudien für F und SWE – Folgenabschätzung des staatlichen Wandels im Hinblick auf die fiskalische Entwicklung, auf soziale Verteilungswirkungen und auf das Wählervertrauen

Hypothesen

Beschreibung

Die mit der demografischen Alterung einhergehende fiskalische und politische Krise des „klassischen“ DRIS leitet – mit zeitlicher Verzögerung – eine neue Phase von Staatlichkeit ein, in der der alternde Versicherungsstaat seine Interessen strategisch neu ordnet und versucht, sich neue Bevölkerungsressourcen zu erschließen. Wir erwarten, dass die alternden OECD-Länder ihre Reformbemühungen jetzt auf eine nachhaltige Bestandssicherung ihrer relativ privilegierten Position im internationalen Vergleich und globalen Wettbewerb ausrichten. Dafür lockert der Staat den intergenerativen Kontrakt und erschließt sich gleichzeitig neue, selektive Zugriffsrechte auf das Humankapital seiner Bürger und seiner potentiellen Neubürger. Der Staat vollzieht dabei einen doppelten Wandel:

HYPOTHESE 1: Der doppelte Staatswandel

In Zeiten der demografischen Alterung ziehen sich Staaten aus altersorientierten Politikfeldern (Rente) schrittweise zurück, gleichzeitig zeigen sie ein verstärktes Engagement in einer nachhaltigen, Nachwuchs fördernden und selektive Zuwanderung sichernden Generationenpolitik (Familie, Migration).

Der Rückzug des Staates vollzieht sich vor allem auf der modalen Achse als Privatisierung der Alterssicherungspolitik, durch die der alternde Staat Handlungskapazitäten zurückgewinnt. Das verstärkte generationenpolitische Engagement im Bereich der Familien- und/oder Migrationspolitik lässt sich auf der modalen Achse als eine Verstaatlichung beschreiben. Durch sie sichert sich der Staat Zugriffsmöglichkeiten auf potentielle Leistungsträger. Räumliche Verschiebungen von Staatlichkeit sind nachrangig. Zu erwarten ist aber, dass sie mit dem organisatorischen Wandel zusammenhängen. So erwarten wir, dass eine zunehmende Privatisierung der Alterssicherung auch mit einer gewissen Internationalisierung, eine Verstaatlichung der Nachwuchssicherung mit einer Nationalisierung einhergehen.

H 1.1: Ebenen des Wandels

Wenn die demografische Alterung einen Übergang vom alternden Versicherungsstaat zum Zukunft sichernden Standortstaat mit einer expliziten Generationenpolitik auslöst, dann wird sich dieser Wandel zunächst in Diskursen und erst später in rechtlichen Reformen und in veränderten institutionellen Strukturen zeigen.

H 1.2: Nationale Unterschiede

Wenn sich der nationale alters- und nachwuchsorientierte Strategie-Mix ändert, dann relativ zum nationalstaatlichen Ausgangsniveau, so dass trotz einer gleichgerichteten Entwicklung große nationalstaatliche Unterschiede bestehen bleiben (Korridorverschiebung).

HYPOTHESE 2: Antriebskräfte

Aufgrund der Befunde in der Literatur erwarten wir nicht, dass sich die „nackten“ demografischen Zahlen prompt und unvermittelt in politischem Handeln niederschlagen. Die demografische Alterung legt an sich keine politische Schlussfolgerung nahe. Schließlich erleben alle OECD-Staaten bereits seit den 1950er Jahren ein kontinuierliches Wachstum ihrer älteren und hochaltrigen Bevölkerung, ohne dass die nationalstaatlichen Systeme der Alterssicherung sofort mit Blick auf diese Entwicklung reformiert worden wären. Es erscheint schwierig, auf kontinuierliche Prozesse mit diskreten Reformen politisch zu antworten. Wir vermuten, dass die demografische Alterung erst dann auf die politische Agenda gelangt, wenn sie mit einem diskontinuierlichen Prozess zusammenfällt.

H 2.1: Ökonomische und fiskalische Krisen als Auslöser politischen Handelns

Die demografische Alterung ist ein träger und kontinuierlicher Prozess, auf den die alternden OECD-Staaten erst in Zeiten diskontinuierlicher, in der Regel wirtschaftlicher und fiskalischer Krisen reagieren. Wenn unter diesen Bedingungen die demografische Alterung politisches Handeln auslöst, dann reagiert der Staat zunächst mit einer Revision seiner Alterssicherungspolitik.

H 2.2: Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse

Unabhängig von der demografischen Alterung beeinflussen gesellschaftliche Modernisierungsprozesse (Globalisierung, Tertiarisierung, Individualisierung) systematisch den staatlichen Wandel.

HYPOTHESE 3: Weichensteller zwischen aktiver Nachwuchspolitik und reformierter Alterssicherung

Der Problemdruck der demografischen Alterung sowie das Tempo und die Reichweite der politischen Strategiewahl werden entscheidend von Wohlfahrtsstaatsregimen (nach Esping-Andersen 1990), staatlichen Institutionen und mobilisierbaren Interessen determiniert.

H 3.1: Wohlfahrtsstaatsregime

Wir vermuten, dass konservative, korporatistische Regime sich generell schwerer mit der Reformierung ihrer Alterssicherung tun als liberale oder sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten.

Denn konservative Wohlfahrtsstaaten garantieren Status sichernde Leistungsrechte (Manow 2001; Palier 2000). Auswege aus der „Alterungsfalle“ werden aufgrund der starken familialistischen Orientierung in der Familienpolitik gesucht (Kaufmann 2005b). Liberale Wohlfahrtsstaaten sollten den demografischen Problemdruck schwächer wahrnehmen, weil ein großer Teil der sozialen Absicherung im Alter über kapitalgedeckte Systeme erfolgt. Immigration liegt hier als Ausweg näher als Familienpolitik. In sozialdemokratischen Systemen besteht durch die Steuerfinanzierung und universalistische Ausgestaltung der Generationenpolitiken sowohl eine breitere Finanzbasis, als auch eine größere Flexibilität bei der Reform der Familien- und Zuwanderungspolitik und der Alterssicherung.

H 3.2: Formelle und informelle Staatsstrukturen

Je weiter die politische Entscheidungsfindung in einzelne Fragmente zerlegt ist und je größer die Zahl und der Einfluss der politischen Akteure, die an der Entscheidungsfindung beteiligt sind, desto langsamer und eingeschränkter geht der generationenpolitische Reformprozess voran.

Kürzungen in der Alterssicherung sollten folglich in Deutschland und in den USA schwerer zu verwirklichen sein als in Schweden und wahrscheinlich auch als in Frankreich (Schmidt 1995, 352-353). Die Weichen sind dann auf Paketlösungen gestellt (Revision der Alterssicherung *und* aktive Nachwuchspolitik).

H 3.3: Akteure des Wandels

Die demografische Verteilung und generationenpolitische Mobilisierung der Akteure bestimmen die Reichweite des Konfigurationswandels des Staates.

H 3.3.1: Die Altenmacht

Je höher die Wahlbeteiligung der älteren Bevölkerung ist, desto geringer ist die politische Neigung den Generationenvertrag zu revidieren und in eine aktive Nachwuchspolitik zu investieren.

H 3.3.2: Die Jungenmacht

Je größer der Anteil der Kinderlosen und Mobilen in der mittleren Wählergeneration ist, desto größer ist die Neigung des Staates eine explizite und nachhaltige Generationenpolitik mit einer aktiven Nachwuchssicherung zu etablieren.

H 3.3.3: Interessenmobilisierung

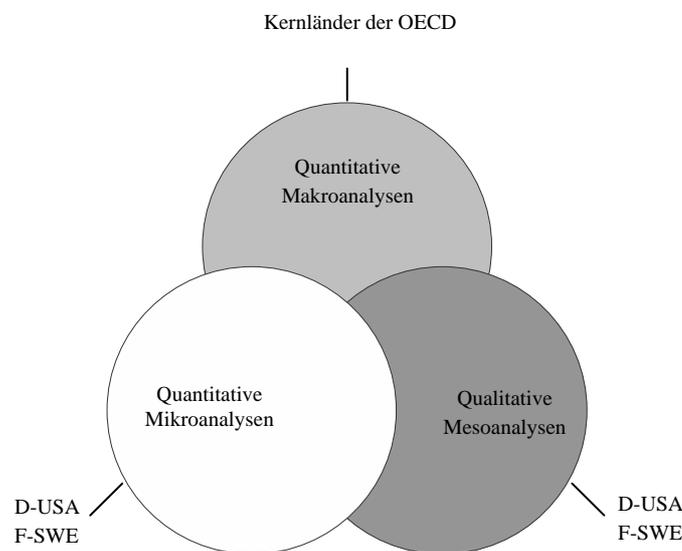
Partikularinteressen bestimmter Generationen sind dort besser mobilisierbar, wo das Parteien- und Verbandssystem nicht ausgeprägt um Klassenkategorien organisiert ist (USA), und sie sind neutralisiert, wo korporatistische Strukturen den Sozialpartnern eine große Rolle zuweisen (Deutschland, Frankreich) und wo Parteien mit starker sozialdemokratischer Identität gesellschaftliche Interessen mobilisieren (Deutschland, Schweden). Ferner erwarten wir, dass ein höherer politischer turnover in der politischen Führungsriege die Transformation zu einer expliziten Generationenpolitik wahrscheinlicher macht, weil der politische Wechsel die Chance für einen programmatischen Wandel erhöht.

3.4.2 Untersuchungsmethode

Das Design des Projekts beruht auf einem quantitativen und qualitativen Methoden-Mix, durch den die komplexen beschreibenden und erklärenden Hypothesen vom staatlichen Konfigurationswandel operationalisiert werden (Lieberman 2005). Quantitative Makro-Analysen, qualitative Fallstudien und quantitative Mikro-Analysen erschließen den Forschungsgegenstand auf unterschiedlichen Ebenen. Offizielle Statistiken nationaler, standardisierter Aggregatdaten beschreiben und explorieren den demografischen und staatlichen Wandel im Längsschnitt und ermöglichen einen internationalen Vergleich von policy-Ergebnissen (Makroebene). Qualitative Fallstudien zeigen und erklären wie Interessengruppen im Rahmen gegebener Institutionen auf policy-Prozesse einwirken (Mesoebene). Mikrosoziale Massendaten erschließen die individuelle Mobilisierung demografisch relevanter Gruppen (Mikroebene). Die einzelnen analytischen Ebenen sind eng miteinander verschränkt. Theoretisch werden sie in ein Erklärungsmodell integriert. Die tatsächliche Datenlage erfordert jedoch für die empirische Analyse ein pragmatisches Vorgehen. Wir werden die Beschreibungen und Erklärungen zum Konfigurationswandel des Staates auf jeder einzelnen analytischen Ebene zunächst maximieren, dafür aber auch auf Daten der jeweils anderen Analysen selektiv zurückgreifen. Für die

Länderfallstudien sollen die Befunde zu einem Mehrebenenmodell zusammengefügt werden. Die folgende Abbildung illustriert das Mehrmethoden-Mehrebenen-Design. Die Kreise symbolisieren die drei Analyseperspektiven und die Schnittmengen in der Fall- und Indikatorenauswahl.

Abbildung 1: Das Mehrmethoden-Mehrebenen-Design



Untersuchungszeitraum

Unsere Analysen setzen in den „goldenen Jahren“ des DRIS ein und enden heute (1950-2010). Innerhalb dieser Zeitspanne vollzieht sich der erwartete Wandel vom alternden Versicherungsstaat zum Zukunft sichernden Standortstaat durch eine Vielzahl von Diskursen, Reformen und Institutionalisierungen, die seit dem Ende der siebziger Jahre eingeleitet werden. Wenn auch das Timing einer expliziten Generationenpolitik zwischen Nationalstaaten variiert, so sollte sich doch im direkten Vergleich *der ersten und letzten beiden Dekaden* unseres Untersuchungszeitraumes seine staatstransformierende Tragweite abzeichnen.

Für den gewählten Zeitraum existieren umfangreiche, international vergleichbare Makrodaten, die die OECD, die EU, andere internationale Organisationen und nationale Statistische Ämter zur Verfügung stellen. Auch sind die Dokumente für die qualitative Länderfallstudie (D, USA) in diesem Zeitraum leicht zugänglich. Eine genauere Aufschlüsselung der erklärenden Zusammenhänge ermöglichen vergleichbare quantitative Mikrodatsätze für die USA (PSID 1969-heute) und Deutschland (SOEP 1984-heute). Sie decken zwar nicht den gesamten Untersuchungszeitraum ab, ermöglichen aber eine detaillierte Identifikation politischer, demografischer, wirtschaftlicher und sozialer Einflussfaktoren.

Auswahl der Politikfelder und der Länderfälle

Politikfelder

Gegenstand des Projekts sind die Politikfelder *Familie*, *Migration* und *Alterssicherung*. Denn diese policies zielen *unmittelbar* auf die Fertilität, die Wanderung und Mortalität und damit auf die *demografische Entwicklung* eines Landes. Wir wollen aber weder ausschließen, dass der Staat auch andere Motive mit diesen Politiken verfolgen kann, noch dass er in anderen Politikfeldern eine generationenrelevante Standortpolitik betreibt (z.B. durch Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, Gesundheitspolitik). In keinen anderen Politikfeldern dürfte sich aber das gewandelte explizite Interesse des Staates an seiner Bevölkerung und der Konfigurationswandel deutlicher widerspiegeln als in den drei ausgewählten Politikfeldern.

Länderfälle

Das Projekt hat drei analytische Zugänge. In die *quantitative Makro-Analyse* gehen *alle Kernländer der OECD* ein. Denn alle Staaten erfahren ein rasches, kontinuierliches Wachstum ihrer älteren Bevölkerung über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg. Dennoch variiert das Ausmaß des demografischen Problemdrucks zwischen Ländern. So hat Schweden 1990 die weltweit älteste Bevölkerung, aber in Frankreich und Deutschland wächst der Anteil der 65-jährigen und Älteren rascher. Die USA haben insgesamt eine günstigere altersstrukturelle Verteilung (im Jahr 2000 sind 12,4% 65 Jahre und älter), aber relativ gesehen ist die ältere amerikanische Bevölkerung seit 1960 stärker gewachsen als in den anderen drei Ländern und in den nächsten Jahrzehnten müssen die USA die Verrentung großer, einkommensstarker Baby-Boom-Jahrgänge (1946-64) verkraften (Graser 2001; Stähler & Roth 1999; Wilensky 2002). In allen entwickelten Wohlfahrtsstaaten führt die Veränderung der Altersstruktur somit zu einem steigenden Druck auf die sozialen Sicherungssysteme.

In der ersten Phase werden für die USA und Deutschland (in der zweiten Phase für Frankreich und Schweden) zudem *komparative qualitative Fallanalysen* und *quantitative Mikroanalysen* angestellt, die die Veränderungen ursächlich und un-

mittelbar durch den politischen Prozess erklären sollen. Mit diesem Fokus vergleichen wir vier Länder, die der demografischen Alterung durch ihre ungleiche generationenpolitische Orientierung unterschiedlich ausgesetzt sind. Deutschland und die USA geben relativ mehr für die ältere Generation aus als Schweden und Frankreich (Lynch 2001); die USA und Schweden belasten die mittlere Generation relativ weniger durch eine traditionell höhere Erwerbsorientierung als Deutschland und Frankreich.

Tabelle 2: Vier-Felder-Schema zur Fallauswahl

		Traditionelle Erwerbsarbeitszentrierung der Generationenpolitiken	
		hoch	niedrig
Traditionelle Altersorientierung der Generationenpolitiken	hoch	USA	Deutschland
	niedrig	Schweden	Frankreich

In zentralen, politisch-institutionellen Dimensionen von Staatlichkeit gleichen sich hingegen die beiden Länder der jeweils ersten und der zweiten Phase. Diese Gemeinsamkeiten sind im direkten Vergleich kontrolliert, in einer die Phasen übergreifenden Zusammenschau quasi⁵ getestet. So setzt der *Föderalismus* in Deutschland und in den USA der Gestaltungsmacht von Regierung und Parlament Grenzen, während der *Zentralismus* in Frankreich und Schweden spezifische politische Spielräume schafft. In Deutschland und in den USA ist auch die *Verfassungsgerichtsbarkeit* ein wichtiger Einflussfaktor, und zwar tendenziell in allen drei Politikfeldern und vorwiegend nicht als Blockadefaktor, sondern sehr oft auch als Impulsgeber. Das trifft für Frankreich und Schweden nicht zu. Eine Begrenzung politischer Macht kommt schließlich auch in der *Zusammensetzung der Regierungen* zum Tragen, durch Koalitionsregierungen (Deutschland, Schweden), durch unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse in den beiden Häusern des Parlaments (Deutschland, USA, Frankreich) und durch die getrennte Legitimation von Präsident und Parlamentsmehrheit (Frankreich, USA). Was Deutschland und die USA unterscheidet, ist außerdem die Bedeutung des *korporatistischen Interessenausgleichs* mit den Sozialpartnern, der für Deutschland (auch für Frankreich und Schweden), nicht aber für die USA, eine zentrale Rolle spielt. Im Vergleich beider Fallstudien wird somit der Prozess der altersspezifischen Interessenmobilisierung besonders gut sichtbar. Das

⁵ Wir sind uns der problematischen Überdeterminierung von Ursachen in einem qualitativen Design bewusst. Neben der Auswahl von möglichst ähnlichen Länderfällen, die sich idealiter nur in einer unabhängigen Variable tatsächlich aber wahrscheinlich in mehreren Variablen unterscheiden, kontrollieren wir weitere Einflussfaktoren durch die Prozessanalyse (George & Bennet 2005; Mahoney 2000; Hedström & Swedberg 1998). Ferner sollen durch den quantitativen Ländervergleich mit Individualdaten spezifische Zusammenhänge weiter aufgeschlüsselt und überprüft werden.

wichtige Ergebnis kann dann durch die Befunde aus Frankreich und Schweden in der zweiten Phase kreuzvalidiert werden.

Methodische Vorgehensweise

Quantitative Makroanalyse

Timing und Wandel von Staatlichkeit wird zunächst in einem OECD-Ländervergleich im Längsschnitt beschrieben (H 1, 1.2, 1.3). Makroindikatoren, gespeist aus offiziellen Datenquellen (OECD, UN, EU, nationale Statistiken), operationalisieren den nationalen *Strategie-Mix von Familien- und Zuwanderungsförderung zu Alterssicherung* über den gesamten Untersuchungszeitraum. Dafür sollen verschiedene Verhältnismaßzahlen (Nachwuchsmaße/Altersmaße) und möglicherweise auch ein Index entlang der drei Policy-Dimensionen (Inklusion/Zugang, Leistung, Finanzierung) entwickelt werden. Aus folgenden Indikatoren könnten diese relativen Maße zusammengesetzt sein:

- Zugang:
 - ⇒ Zu- und Abwanderungen aufgeschlüsselt nach Alter, Status, Bildung, Herkunftsland;
 - ⇒ Empfänger von Familien fördernden Maßnahmen (Geld- sowie Realtransfers) aufgeschlüsselt nach Anzahl, Anzahl und Alter der Kinder, Bildung und Herkunftsland des Vaters/der Mutter;
 - ⇒ Rentenzugänge aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht und Rentenart
- Leistungen:
 - ⇒ Staatliche Transfers an Kinder, Familien, Migranten und ältere Menschen im Ruhestand insgesamt, aufgeschlüsselt nach Art der Transfers und relativ zum durchschnittlichen Einkommen
- Finanzierung:
 - ⇒ Beitrags- und Steuerfinanzierung der Familien-, (Ausländer)Integrations- und Alterssicherung (absolut und einkommensbezogen)
 - ⇒ Beitrags- und Steuerlasten aufgeschlüsselt nach Alter und Familienstand
 - ⇒ usf.

Die gebildeten Maßzahlen staatlichen Wandels sollen zusammen mit weiteren nationalen Daten zur demografischen Alterung, zur politischen und wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung der Länder ausgewertet werden. Neben deskriptiven Darstellungen sollen auch in Zeitreihen-Regressionen der Einfluss erklärender Variablen auf den doppelten staatlichen Wandel ausgelotet werden (H 2.1, 2.2). Ferner werden ausgewählte Aggregatdaten aus dieser Datenbank mit Mikrodaten verknüpft (trianguliert), um den Einfluss weiterer Antriebskräfte (H 2.2) zu ermitteln und in der zweiten Phase des Projekts auch die Folgen (Staatsverschuldung, soziale Ungleichheit, Vertrauen) eines gewandelten Staates in fortgeschrittenen Mehrebenenverfahren (Engel 1998; Lillard & Panis 2003) abzuschätzen.

Qualitative Fallanalyse

Ziel der zwei qualitativen Fallanalysen ist es, den staatlichen Wandel in Diskursen, Policies und Institutionen für Deutschland und die Vereinigten Staaten (in der zweiten Phase für Schweden und Frankreich) als politischen Prozess zu beschreiben und verstehend zu erklären (H 3.1, 3.2, 3.3.3). Die empirische Grundlage sind *richtungsweisende Gesetzesreformen in den Legislaturperioden* in drei zentralen Politikfeldern (Familie, Migration, Rente) des alternden Versicherungsstaats.

Dabei soll nicht die gesamte Entwicklung der Politikfelder über den Beobachtungszeitraum rekonstruiert werden, sondern *Schlüsselereignisse* – wichtige Reformen und Reformdebatten in den Politikfeldern, die repräsentativ für die „goldenen Jahre“ des DRIS und für die letzten Jahrzehnte des Beobachtungszeitraums sind. Derartige Schlüsselereignisse bilden Etappen in der Geschichte des alternden Versicherungsstaats ab und sind Kristallisationspunkte der politischen Diskurse, an denen sich das Spektrum der Positionen und Interessen und das bestimmende Verständnis über die Rolle des Staates im Generationenverhältnis systematisch beobachten lässt. In den Blick nehmen wir dabei auch das Timing von Reformen und ihr mögliches Scheitern.

In der folgenden Tabelle sind beispielhaft Schlüsselereignisse der Nachkriegszeit in der deutschen und amerikanischen Rentenpolitik zusammengetragen.

Tabelle 3: Auswahl von Schlüsselereignissen generationenpolitischer Entwicklung, dargestellt am Beispiel der Rentenpolitik

Signifikante Entscheidungen	Inhalt der Reforminitiativen und ihre Bedeutung für generationenspezifischen Wandel
<i>Alterssicherung Deutschland</i>	
Rentenreform 1957	<ul style="list-style-type: none"> – Dynamisierung der Bestandsrenten, mit der Absicht, das Verhältnis zwischen Lohnentwicklung und Entwicklung der Renten konstant zu halten – Neue Rentenformel bei der Berechnung der Neurenten, die eine sehr enge Beitragsbezogenheit institutionalisiert – Wesentlicher Schritt in Richtung Umlagefinanzierung <p>Interpretation: Institutionalisierung des staatlich vermittelten Generationenvertrages mit seiner generösen Honorierung von Leistungen (Beiträgen), die während des Arbeitslebens eingezahlt werden</p>
Rentenreform 2001	<ul style="list-style-type: none"> – Einstieg in die staatliche Förderung privater kapitalgedeckter Altersvorsorge (auf freiwilliger Basis) bei Senkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung – Verstärkte Anerkennung von Kindererziehungs- und Pflegeleistungen in der Rentenberechnung unabhängig vom Erwerbsstatus der Pflegenden (von der Kompensation zur Prämie) – Einführung einer steuerfinanzierten Komponente der Grundsicherung im Alter <p>Interpretation: Erster Schritt in Richtung einer Privatisierung der Altersversorgung und Stärkung des Charakters als Grundsicherung, anstatt Lebensstandardsicherung, bei gleichzeitiger Anerkennung von Pflgetätigkeiten</p>

Signifikante Entscheidungen	Inhalt der Reforminitiativen und ihre Bedeutung für generationenspezifischen Wandel
<i>Alterssicherung USA</i>	
<p>1950 Social Security Amendments</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Einbeziehung von Hausbediensteten und Arbeitern in der Landwirtschaft sowie Freiberuflern in das Social Security System – Für diese neuen Mitglieder Sonderregelungen, die lange Wartezeiten als Voraussetzung für Leistungen umgehen – Ablehnung jeglicher Subventionen aus allgemeinen Steuermitteln; vage, unverbindliche Entscheidung, die Beitragssätze in der Zukunft graduell anzuheben – Leistungserhöhungen, welche die Sozialversicherungsrenten über das Niveau der bedürftigkeitsgeprüften Sozialhilfeleistungen für Ältere (<i>Old Age Assistance</i>) heben <p>Interpretation: Verallgemeinerung der sozialversicherungsförmigen Leistungen an Ältere; Durchsetzung des <i>Sozialversicherungsmodells</i> gegenüber bedürftigkeitsgeprüften, steuerfinanzierten Grundsicherungsleistungen im Alter</p>
<p>1983 Social Security Amendments</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Verschiebung der jährlichen Rentenanpassungen um ein halbes Jahr nach hinten – Ab dem Jahr 2000 graduelle Anhebung des Rentenalters – Einstieg in die nachgelagerte Besteuerung von Renten für wohlhabende Rentner – Einbeziehung zusätzlicher Gruppen von Beschäftigten (Angestellte von Bundesbehörden und von Non-Profit Organisationen) in das <i>Social Security System</i> – Beitragserhöhungen <p>Interpretation Leistungskürzungen, Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlage und Beitragserhöhungen mit dem Ziel, das öffentliche Rentensystem finanziell zu stabilisieren</p>
<p>Seit Mitte der 1990er</p>	<p>Reformdiskussion um Privatisierung oder teilweise Privatisierung des Rentensystems: <i>Advisory Council on Social Security</i> 2001 <i>President's Commission to Strengthen Social Security</i></p>

Anhand von Primärdokumenten über den politischen Prozess können paradigmatische⁶ generationenpolitisch relevante Diskurse, z.B. über Generationengerechtigkeit, ihre Interessenvertreter und deren politischer Erfolg im Reformprozess, rekonstruiert werden. Folgende Dokumentensorten sind hier aufschlussreich:

1. Parlamentsdebatten, Materialien der Ausschussarbeit (vor allem Stellungnahmen von Interessengruppen im Gesetzgebungsprozess): Sie vermitteln Hinweise auf das Problemverständnis und Staatsverständnis der parteipolitischen Spitzenpolitiker und geben zusätzlich Aufschluss über Positionen einflussreicher Lobbyisten;

⁶ Wir folgen hier der Klassifizierung Lutz Leiserings: „Mit dem Begriff ‚Paradigma‘ verbinden wir die methodisch-theoretische Annahme, dass sich unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen nicht nur in ihren normativen Gehalten unterscheiden (den Wertideen im engeren Sinne), sondern auch in Bezug auf typische soziale Trägergruppen. Durch Spezifikation von Adressatengruppen und Referenzsystemen sozial kontextuierte Wertideen nennen wir normative ‚Paradigmen‘.“ (Leisering 2004, 32)

2. Presseberichterstattung für die Analyse der breiteren gesellschaftlichen Diskussion über die Reformentscheidungen (und ansatzweise auch ihre Umsetzung); und
3. die Policy-Statements, Richtlinien, Empfehlungen oder Resolutionen inter- und supranationaler Akteure (OECD, EU).

Die Auswertung erfolgt durch eine thematisch strukturierte Inhaltsanalyse (Früh 2004; Mayring 2002).

Der mit diesen Diskursen und Reformen möglicherweise einhergehende Wandel administrativer und politischer Entscheidungskompetenzen vervollständigt die Bestandsaufnahme und soll durch jeweils neun Experteninterviews pro Land (drei pro Politikfeld) erhoben werden. In Leitfadengesprächen wird nach der organisatorischen Struktur, den Prozessen und nach spezifisch neuen Steuerungsinstrumenten einer impliziten und expliziten Generationenpolitik gefragt. Eine Auswertung erfolgt themenspezifisch. Die Befunde der beiden Fallstudien werden im Hinblick auf die Präferenzen der beteiligten Hauptakteure, deren Einflussmöglichkeiten und rationalen Wahlhandlungen erklärt (Mayntz & Scharpf 1995).

Quantitative Mikroanalysen

In quantitativen Mikroanalysen soll schließlich der Zusammenhang von „Altenmacht“ (Wahlverhalten als „Voice“) und „Jungenmacht“ (Kinderlosigkeit und Migration als „Exit“) und dem Konfigurationswandel des Staates auf der Ebene seiner Bürger aufgeschlüsselt werden (H 3.3.1, 3.3.2, 3.3.3). Anhand von deutschen und amerikanischen individuellen Paneldaten (SOEP, PSID) wird gleichzeitig der Einfluss der heterogenen Antriebskräfte des sozio-ökonomischen und sozial-kulturellen Wandels (H 2.1, 2.2) auf die *Exit*- und *Voice*-Wahlen der jüngeren und älteren Generation im Zeitverlauf geschätzt und die Wirkung dieser Strategiewahlen auf die Transfer- und Abgabensituation individueller Haushalte errechnet. Der Konfigurationswandel vom *alternden Versicherungsstaat zum Zukunft sichernden Standortstaat* spiegelt sich in den veränderten Mustern öffentlicher Transfers und Abgaben von demografisch relevanten Haushalten (Singles, Familien, Rentner usw.). Welchen Einfluss hierauf die Macht der alten Wähler oder die Verweigerung der jungen Bevölkerung haben, lässt sich in fortgeschrittenen Mehrebenen-Längsschnittverfahren (Lillard & Panis 2003) schätzen. Einen großen Teil dieser Analysen wird die Projektleiterin selbst durchführen.

Insgesamt erscheint uns für die Fragestellung des Projekts das Zusammenspiel von quantitativen Analysen zu allen OECD-Ländern und vertiefenden qualitativen und quantitativen Länderstudien besonders viel versprechend.

Exkurs: Kooperationspartner

Folgende Kooperationen sollen im Rahmen des Projekts vertieft oder eigens eingegangen (*) werden.

- Prof. Dr. *Jens Alber* (WZB Berlin),*
- Prof. *Andrea Louise Campbell*, PhD (MIT),
- Prof. Dr. *Louis Chauvel* (Sciences-Po, Paris),
- Prof. Dr. *Martin Kohli* (IUE Florenz),
- Prof. Dr. *Lutz Leisering* (Universität Bielefeld),*
- Prof. *Julia Lynch*, PhD (University of Pennsylvania),
- Dr. *Philip Manow* (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln) und
- Dr. *Gerda Neyer* (Max Planck Institut für demografische Forschung und Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels)

3.4.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Arbeitsschritte

Die Arbeit der ersten Projektphase unterteilt sich in drei zeitgleiche Analyseblöcke. Im *ersten* Arbeitsschritt werden die theoretischen Konzepte, die in den Hypothesen bereits umrissen sind, für jede dieser Analysen weiter ausgearbeitet und operationalisiert. Für die quantitativen Analysen, die sich auf bereits verfügbare Sekundärdaten stützen, ist damit auch die Datenerhebung und Datenaufbereitung verbunden. Im *zweiten* Arbeitsschritt erfolgen dann die deskriptiven und explikativen Analysen. Sie werden in einem *dritten* Arbeitsschritt systematisch und Länder übergreifend ausgewertet und veröffentlicht. Für die primäranalytischen Länderfallstudien differenzieren sich der zweite und dritte Arbeitsschritt weiter aus. Denn zum einen müssen die Daten für die formalen Reformprozesse und für die Interessenkonstellationen erst erhoben werden, zum anderen sind die Befunde sowohl Politikfeld übergreifend wie auch im Ländervergleich zu analysieren. Die beiden Fallstudien werden deshalb zunächst von zwei Doktoranden getrennt bearbeitet, bevor die Befunde in einem abschließenden (fünften) Arbeitsschritt systematisch und vergleichend ausgewertet werden.

Zeitplan

Arbeitsschritte	2007		2008		2009		2010	
Quantitative Makroanalyse Konzeptualisierung und Operationalisierung der Hypothesen; Datenerhebung								
Deskriptive und explorativ erklärende Datenanalysen								
Länderübergreifende Auswertung und Klassifikation des generationenstaatlichen Wandels; Publikation								
Kontinuierlicher Auf- und Ausbau einer OECD-Länder Datenbank								
Qualitative Fallstudien Konzeptualisierung und Operationalisierung der Hypothesen								
Erhebung und Analyse formaler Reformprozesse (Gesetzgebung, Gerichtsurteile) zu 2 Messzeitpunkten; Identifikation einflussreicher Akteure								
Erhebung und Analyse der Interessenlage einflussreicher Akteure und der gesellschaftlichen Diskussion zu den ausgewählten politischen Schlüsselreformen								
Politikfeldübergreifende erklärende Auswertung des generationenstaatlichen Wandels in Deutschland und in den USA; Publikation								
Länder vergleichende Auswertung und der Entwurf eines erklärenden theoretischen Modells zum generationenstaatlichen Wandels; Publikation								
Quantitative Mikroanalysen Konzeptualisierung und Operationalisierung der Hypothesen; Aufbereitung der Datensätze								
Erklärende Datenanalysen								
Länder vergleichende Auswertung und mikrosoziale Erklärung des generationenstaatlichen Wandels; Publikation								
Theoretische Integration der deskriptiven und explikativen Makro-, Meso- und Mikrobefunde zu einem Mehrebenenmodell des generationenstaatlichen Wandels; Publikation								

Entwicklungsperspektiven

Das Projekt ist in zwei aufeinander aufbauende Antragsphasen eingeteilt. In der ersten Projektphase (2007-2010) wird der vermutete doppelte Staatswandel für alle OECD-Staaten beschrieben und nach den Gründen dieses Wandels gefragt. Die erklärenden Analysen der ersten Projektphase konzentrieren sich auf Deutschland und die USA als Länderfälle einer altersorientierten Generationenpolitik. In der zweiten Projektphase (2011-2014) werden die Erklärungen an französischen und schwedischen Daten überprüft, deren Länder für eine nachwuchsorientierte Politik stehen, um die Folgen des Konfigurationswandels verlässlicher abzuschätzen. Auch der Einfluss europäischer Politik wird durch diesen weiteren Vergleich eingehender untersucht. Drei grundsätzliche Fragen werden schließlich an die Nachhaltigkeit des doppelten Staatswandels gestellt: *Erstens*, welche fiskalischen Verteilungseffekte hat der Wandel von einem alternden Versicherungsstaat zu einem Zukunft sichernden Standortstaat? Konkret, wer zahlt in Zukunft die Steuern? Wie verschiebt sich die Steuerlast zwischen Generationen und Kohorten? Generell, wie nachhaltig werden die staatlichen Haushalte sein? *Zweitens*, welche sozialen Ungleichheiten entstehen mit der Privatisierung der Alterssicherung und der Verstaatlichung der Nachwuchssicherung? Werden Klassenunterschiede in Zukunft von Ungleichheiten zwischen verschiedenen Lebensphasen überdeckt? Oder spielt in Zukunft die positive wie negative Altersdiskriminierung des DRIS keine Rolle mehr, so dass soziale Unterschiede nach dem Alter bedeutungslos werden? Und *drittens*, welchen Einfluss hat der doppelte staatliche Wandel auf das individuelle politische Vertrauen in den Staat?

3.5 (entfällt)

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojektes

Im Teilprojekt D5 wird der Wandel von Staatlichkeit in der Ressourcendimension untersucht. In D5 wird erforscht, ob und inwieweit die demografische Alterung der Bevölkerung einen Konfigurationswandel in modernen, offenen Territorialstaaten auslöst. Das Teilprojekt betrachtet den staatlichen Wandel primär entlang der modalen Achse, hat also *Privatisierungs- und Verstaatlichungsprozesse* im Blick. Wir vermuten, dass die Alterssicherung privatisiert und die Nachwuchssicherung verstaatlicht wird (Hypothese 1). Bei diesen Veränderungen werden auch Verschiebungen auf der territorialen Achse gesehen, etwa die *Internationalisierung* einer privaten Alterssicherung. Im internationalen Vergleich erwarten wir zudem eine

Korridorverschiebung, nicht aber unbedingt eine Korridorverengung (H1.2). Denn die demografische Alterung als *Antriebskraft* übersetzt sich nicht unvermittelt und automatisch in institutionelle Reformen. Andere wirtschaftliche, fiskalische oder gesellschaftliche Entwicklungen (H2ff.) können demografische Effekte ausgleichen. Wohlfahrtsregime (H3.1) und formelle wie informelle Staatsstrukturen (H3.2) filtern als institutionelle *Weichensteller* zudem den Problemdruck der demografischen Alterung und machen sie erst zu einem spezifisch politischen Problem. Schließlich hat die Artikulation und Mobilisierung gesellschaftlicher Interessen (H3.3ff.) Einfluss auf die Intensität und die Richtung der Reformbemühungen.

Tabelle 4: Verortung des Teilprojekts D5 im Sonderforschungsbereich

Beschreibung	
<i>Dimensionen von Staatlichkeit</i>	Ressourcen (Staatsvolk)
<i>Achse des Wandels</i>	Privatisierung und Verstaatlichung
<i>Korridorentwicklung</i>	Korridorverschiebung, kaum Verengung
Erklärung	
<i>Antriebskräfte</i>	– materiell (demografischer Wandel, ökonomische, fiskalische Krisen, Globalisierung) – ideell (Individualisierung)
<i>Weichensteller</i>	– materiell (demografische Struktur der Wählerschaft und der Staatsklientel) – institutionell (Wohlfahrtsregime, formelle und informelle Staatsstrukturen, Interessengruppen)

Stellung innerhalb der Säule

Im Teilprojekt wird mit dem Wandel der Bevölkerungs- oder Generationenpolitik ein zentraler Bestandteil der Ressourcendimension, das *Staatsvolk*, untersucht. Die anderen Teilprojekte der Säule nehmen komplementäre Faktoren der Ressourcenstaatlichkeit in den Blick: D1 („Steuerstaat“) beschäftigt sich mit dem Wandel von Staatlichkeit durch die Internationalisierung der Steuerpolitik (*Staatsgewalt*). In D3 („Prävention und Intervention“) wird die Herstellung von staatlicher (militärischer) Sicherheit in internationalen Räumen (*Staatsgewalt*) analysiert. Und in D4 („Grenzregime“) wird der Wandel von Grenzkontrollen (*Staatsgebiet*) untersucht. Die unterschiedlichen, aber aufeinander verweisenden Schwerpunkte der jeweiligen Teilprojekte eröffnen sinnvolle und fruchtbare Kooperationsmöglichkeiten, deren Ergebnisse auf einer gemeinsamen Konferenz 2009 zum Thema „Internationalisierung und Privatisierung in der Ressourcendimension“ zusammengetragen werden sollen. Ferner ist zusammen mit dem Teilprojekt D4 zu erforschen, welche Bedeutung die Internationalisierung von Grenzregimes für die Verstaatlichung von Zuwanderungspolitiken haben kann. In der zweiten Antragsphase dieses Neuantrags werden

Literatur

- Alber, Jens (2003) Recent Developments in the German Welfare State: Basic Continuity or Paradigm Shift?, in: Neil Gilbert & Rebecca Van Voorhis, Hg., *Changing Patterns of Social Protection*, New Brunswick, NJ: Transaction Press, 9-74
- Allmendinger, Jutta & Stephan Leibfried (2003) Education and the Welfare State: the Four Worlds of Competence Production, in: *Journal of European Social Policy* **13**:1, 61-81
- Anderson, Karen M. (2000) The Impact of European Integration on Public Pensions. Convergence or Divergence?, Papier für die 12th International Conference of Europeanists, Chicago, IL, 30. März-2. April
- Arber, Sara & Claudine Attias-Donfut, Hg. (2001) *The Myth of Generational Conflict. The Family and State in Ageing Societies*, London: Routledge
- Baldwin, Peter (1990) *The Politics of Social Solidarity. Class Bases of the European Welfare State 1875-1975*, Cambridge: Cambridge University Press
- Becker, Gary S. (1976) *An Economic Approach to Human Behavior*, Chicago, IL: University of Chicago Press
- Binstock, Robert H. (1997) The 1996 Election: Older Voters and Implications for Policies on Aging, in: *The Gerontologist* **37**:1, 15-19
- Binstock, Robert H. & Jill Quadagno (2001) Aging and Politics, in: Robert H. Binstock & Linda K. George, Hg., *Handbook of Aging and the Social Sciences*⁵, San Diego, CA: Academic Press, 333-351
- BMFSFJ (2006) Der 7. Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Bonn; <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/siebter-familienbericht.property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf>
- Brooks, Sarah M. (2001) Who Privatizes, When, and Why?, „The Comparative Politics Workshop“ University of Chicago, Chicago, 2. Mai (<http://cas.uchicago.edu/workshops/cpolit/oldpapers.html>)
- Bundesverfassungsgericht (2001) 1BvR 1629/94 vom 3. April 2001 (http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20010403_1bvr162994.html)
- Button, James W. (1992) A Sign of Generational Conflict: The Impact of Florida's Aging Voters on Local School and Tax Referenda, in: *Social Science Quarterly* **73**:4, 786-798
- Cameron, David R. (1978) The Expansion of the Public Economy, in: *American Political Science Review* **72**:4, 1243-1261
- Cameron, David R. (1984) Social Democracy, Corporatism, Labour Quiescence, and the Representation of Economic Interest in Advanced Capitalist Society, in: John H. Goldthorpe, Hg., *Order and Conflict in Contemporary Capitalism. Studies in the Political Economy of Western European Nations*, Oxford: The Clarendon Press at Oxford University Press, 143-179
- Campbell, Andrea Louise (2003) *How Policies Make Citizens. Senior Political Activism and the American Welfare State*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Chamie, Joseph (1994) Trends, Variations, and Contradictions in National Policies to Influence Fertility, in: *Population and Development Review* **20**, 37-50 (Supplement *The New Politics of Population: Conflict and Consensus in Family Planning*)
- Chesnais, Jean-Claude (1992) *The Demographic Transition: Stages, Patterns, and Economic Implications*, Oxford: The Clarendon Press at Oxford University Press
- Clark, Robert L., Richard V. Burkhauser, Marilyn Moon, Joseph F. Quinn & Timothy Smeeding (2004) *The Economics of an Aging Society*, Oxford: Blackwell

- Cornelius, Wayne A. & Marc R. Rosenblum (2005) Immigration and Politics, in: *Annual Review of Political Science* **8**, 99-119
- Currle, Edda (2004) *Migration in Europa. Daten und Hintergründe*, Stuttgart: Lucius & Lucius
- Day, Christine L. (1998) Old Age Interest Groups in the 1990s: Coalitions, Competition, and Strategy, in: Janie S. Steckenrider & Tonya Parrott, Hg., *New Directions in Old-age Policies*, Albany, NY: State University of New York Press, 131-150
- Ebbinghaus, Bernhard & Philip Manow, Hg. (2001) *Comparing Welfare Capitalism. Social Policy and Political Economy in Europe, Japan and the USA*, London: Routledge
- Engel, Uwe (1998) *Einführung in die Mehrebenenanalyse*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Esping-Andersen, Gøsta (1990) *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Esping-Andersen, Gøsta (1999) *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford: Oxford University Press
- Esping-Andersen, Gøsta (2002) A Child-Centered Social Investment Strategy, in: Gøsta Esping-Andersen, Duncan Gallie, Anton Hemerijck & John Myles, Hg., *Why We Need a New Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 26-67
- Früh, Werner (2004) *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*, Konstanz: UVK
- Garrett, Geoffrey (1998) *Partisan Politics in the Global Economy*, Cambridge: Cambridge University Press
- Geißler, Clemens (1990) Familien- und Sozialpolitische Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland – Intention und Realität, in: Herwig Birg & Rainer Mackensen, Hg., *Demographische Wirkungen politischer Handelns*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 357-376
- Genschel, Philipp (1997) How Fragmentation Can Improve Coordination: Setting Standards in International Telecommunications., in: *Organization Studies* **18**:4, 603-622
- Genschel, Philipp (2004) Globalization and the Welfare State: A Retrospective, in: *Journal of European Public Policy* **11**:4, 613-636
- Gerlach, Irene (2004) *Familienpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Glass, David V. (1940) *Population: Policies and Movements in Europe*, Oxford: The Clarendon Press at Oxford University Press
- George, Alexander L. & Andrew Bennett (2005) *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, Cambridge, MA: MIT Press
- Gokhale, Jagadeesh & Bernd Raffelhüschen (2000) Population Aging and Fiscal Policy in Europe and the United States, München: Center for Economic Studies, Institute for Economic Research (CESifo Working Paper 237)
- Graser, Alexander (2001) Gesetzliche Alterssicherung und ihre Reformperspektiven in den USA, in: Hans-Joachim Reinhard, Hg., *Demographischer Wandel und Alterssicherung*, Baden-Baden: Nomos, 263-285
- Hacker, Jacob S. (2004) Privatizing Risk without Privatizing the Welfare State: The Hidden Politics of Social Policy Retrenchment in the United States, in: *American Political Science Review* **98**:2, 243-260
- Hedström, Peter & Richard Swedberg (1998) *Social Mechanisms: An Analytical Approach to Social Theory*, Cambridge: Cambridge University Press
- Hicks, Alexander & Lane Kenworthy (2003) Varieties of Welfare Capitalism, in: *Socio-Economic Review* **1**:1, 27-61

- Hinrichs, Karl (1998) Reforming the Public Pension Scheme in Germany: The End of the Traditional Consensus?, Bremen: Universität, Zentrum für Sozialpolitik (WP 11/98; <http://www.zes.uni-bremen.de/>)
- Hirschman, Albert O. (1970) *Exit, Voice and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge, MA: Harvard University Press
- Hockerts, Hans Günter (1986) Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 32:1, 25-41
- Hollifield, James F. (1992) *Immigrants, Market, and States. The Political Economy of Postwar Europe*, Cambridge, MA: Harvard University Press
- Huber, Evelynne & John D. Stephens (2001) *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Policies in Global Markets*, Chicago, IL: University of Chicago Press
- Immergut, Ellen M. (1992) The Rules of the Game: The Logic of Health Policy-Making in France, Switzerland, and Sweden, in: Sven Steinmo, Kathleen Thelen & Frank Longstreth, Hg., *Structuring Politics: Historical Institutionalism in Comparative Analysis*, Cambridge: Cambridge University Press, 57-89
- Ipsen, Carl (1998) Population Policy in the Age of Fascism: Observations on Recent Literature, in: *Population and Development Review* 24:3, 579-592
- Johnson, Paul, Christoph Conrad & David Thomson, Hg. (1989) *Workers versus Pensioners: Intergenerational Justice in an Ageing World*, Manchester: Manchester University Press
- Joppke, Christian (1998a) *Challenge to the Nation-State. Immigration in Western Europe and the United States*, Oxford: Oxford University Press
- Joppke, Christian (1998b) Why Liberal States Accept Unwanted Immigration, in: *World Politics* 50:2, 266-298
- Kannisto, Vaino, Jens Lauritsen, A. Roger Thatcher & James W. Vaupel (1994) Reductions in Mortality at Advanced Ages: Several Decades of Evidence from 27 Countries, in: *Population and Development Review* 20:4, 793-810
- Katzenstein, Peter (1996) *Cultural Norms and National Security. Police and Military in Postwar Japan*, Ithaca, NY: Cornell University Press
- Kaufmann, Franz-Xaver (1996) Diskurse über Staatsaufgaben, in: Dieter Grimm, Hg., *Staatsaufgaben*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 15-41
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005a) *Schrumpfende Gesellschaft: Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005b) *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen²*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kaufmann, Franz-Xaver, Anton Kuijsten, Hans-Joachim Schulze & Klaus Peter Strohmeier, Hg. (2002) *Family Life and Family Policies in Europe*, Bd. 2: *Problems and Issues in Comparative Perspective*, Oxford: Oxford University Press
- Keesbergen, Kees van (1995) *Social Capitalism. A Study of Christian Democracy and the Welfare State*, London: Routledge
- Kohler, Hans-Peter, Francesco C. Billari & Jose Antonio Ortega (2002) The Emergence of Lowest-Low Fertility in Europe during the 1990s, in: *Population and Development Review* 28:4, 641-680
- Kohli, Martin (2005) Aging and Justice, in: Robert H. Binstock & Linda K. George, Hg., *Handbook of Aging and the Social Sciences⁶*, San Diego, CA: Elsevier, 1-28

- Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Hg. (1999) *Eine konzertierte Strategie zur Modernisierung des Sozialschutzes. Mitteilung der Kommission KOM(99)347 vom 14. Juli 1999*, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Hg. (2001) *Unterstützung nationaler Strategien für zukunftssichere Renten durch eine integrierte Vorgehensweise. Mitteilung der Kommission KOM(2001)362 vom 4. Juli 2001*, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft
- Korpi, Walter (1983) *The Democratic Class Struggle*, London: Routledge & Kegan Paul
- Korpi, Walter & Joakim Palme (2003) New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975-95, in: *American Political Science Review* **97**:3, 425-446
- Krause, Peter & Tanja Zähle (2005) Einkommen und Armut bei Haushalten mit Kindern, in: *Zeitschrift für Familienforschung* **17**:2, 189-207
- Leibfried, Stephan & Paul Pierson, Hg. (1995) *European Social Policy: Between Fragmentation and Integration*, Washington: The Brookings Institution Press
- Leisering, Lutz (1992) *Sozialstaat und demographischer Wandel. Wechselwirkungen, Generationenverhältnisse, politisch-institutionelle Steuerung*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag
- Leisering, Lutz (1996) Alternde Bevölkerung – veraltender Sozialstaat, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* **B 35**, 13-22
- Leisering, Lutz (2004) Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats, in: Stefan Liebig, Holger Lengfeld & Steffen Mau, Hg., *Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit im modernen Gesellschaften*, Frankfurt a.M.: Campus, 29-68
- Lesthaege, Ron & Paul Willems (1999) Is Low Fertility a Temporary Phenomenon in the European Union?, in: *Population and Development Review* **25**:2, 211-228
- Lijphart, Arend (1999) *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven, CN: Yale University Press
- Lillard, Lee A. & Constantine W. A. Panis (2003) *aML Multilevel Multiprocess Statistical Software, Release 2.0*, Los Angeles: EconWare
- Livi-Bacci, Massimo (1974) Population Policy in Western Europe, in: *Population Studies* **28**:2, 191-204
- Lieberman, Evan S. (2005) Nested Analysis as a Mixed-Method Strategy for Comparative Research, in: *American Political Science Review* **99**:3, 435-452
- Logan, John R. & Glenna D. Spitze (1995) Self-Interest and Altruism in Intergenerational Relations, in: *Demography* **32**:3, 353-364
- Lynch, Julia (2001) The Age-Oriented of Social Policy Regimes in OECD Countries, in: *Journal of Social Policy* **30**:3, 411-436
- Lynch, Julia (2003) Patronage, Citizenship, and Generational Justice in Social Policy, Cambridge, MA: Harvard University, Center for European Studies (WP 111; <http://www.ces.fas.harvard.edu/publications/Lynch.pdf>)
- Lynch, Julia (2006) *Age in the Welfare State. The Origins of Social Spending on Pensioners, Workers, and Children*, Cambridge: Cambridge University Press (im Erscheinen)
- MacManus, Susan A. (1995) Taxing and Spending Policies: A Generational Perspective, in: *The Journal of Politics* **57**:3, 607-629

- MacManus, Susan A. (1996) *Young v. Old: Generational Combat in the 21st Century*, Boulder, CO: Westview Press
- Mahoney, James (2000) Strategies of Causal Inference in Small-N Analysis, in: *Sociological Methods and Research* 28:4, 387-423
- Malthus, Thomas Robert (1976 [1789]) *An Essay on the Principle of Population, as it Affects the Future Improvement of Society*, New York: W.W. Norton
- Manow, Philip (2001) Comparative Institutional Advantages of Welfare State Regimes and New Coalitions in Welfare State Reforms, in: Pierson 2001, 146-164
- Mares, Isabela (2003) *The Politics of Social Risk. Business and Welfare State Development*, Cambridge: Cambridge University Press
- Mayntz, Renate & Fritz W. Scharpf (1995) Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren, in: Dies., Hg., *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*, Frankfurt a. M.: Campus, 9-38
- Mayring, Philipp (2002) *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Weinheim: Beltz
- McIntosh, C. Alison (1981) Low Fertility and Liberal Democracy in Western Europe, in: *Population and Development Review* 7:2, 181-207
- McIntosh, C. Alison (1986) Recent Pronatalist Policies in Western Europe, in: *Population and Development Review* 12, 318-334 (Supplement *Below-Replacement Fertility in Industrial Societies: Causes, Consequences, Policies*)
- Morgan, Kimberly J. (2003a) The Politics of Mothers' Employment: France in Comparative Perspective, in: *World Politics* 55:2, 259-89
- Morgan, S. Philip (2003) Is Low Fertility a Twenty-First-Century Demographic Crisis?, in: *Demography* 40:4, 589-603
- Morris, Charles R. (1996) *The AARP: America's most Powerful Lobby and the Clash of Generations*, New York: Times Books
- Morris, John N., Samy Suissa, Sylvia Sherwood, Susan M. Wright & David Greer (1986) Last Days: A Study of the Quality of Life of Terminally Ill Cancer Patients, in: *Journal of Chronical Diseases* 39:1, 47-62
- Mulligan, Casey B. & Xavier Sala-i-Martin (1999) *Gerontocracy, Retirement, and Social Security*, Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research (NBER WP 7117)
- Myles, John & Paul Pierson (2001) The Comparative Political Economy of Pension Reform, in: Pierson 2001, 305-333
- Naegele, Gerhard & Alan Walker (1999) Conclusion, in: Walker & Naegele, 197-209
- Nullmeier, Frank (1996) Der Rentenkonsens – Eine Stütze des Sozialstaats in Gefahr?, in: *Gegenwartskunde* 45:3, 337-350
- Obinger, Herbert, Stephan Leibfried, Claudia Bogedan, Edith Gindulis, Julia Moser & Peter Starke (2005) The Intervention State: The Shifting Welfare Component, in: Stephan Leibfried & Michael Zürn, Hg., *Transformations of the State?* Cambridge: Cambridge University Press, 161-185
- OECD (2004) *Trends in International Migration*, Paris: Organization for Economic Co-operation and Development
- Offe, Claus (1981) The Attribution of Public Status to Interest Groups: Observations on the West German Case, in: Suzanne Berger, Hg., *Organizing Interests in Western Europe. Pluralism, Corporatism, and the Transformation of Politics*, Cambridge: Cambridge University Press, 123-158

- Ott, Notburga (2002) Die Sicherstellung familialer Aufgaben aus ordnungstheoretischer und ordnungspolitischer Sicht, in: Wolfgang J. Mückl, Hg., *Familienpolitik*, Paderborn: Schöningh Verlag, 49-70
- Ott, Notburga (2003) Reiche Alte – Arme Junge? Verteilungskonflikte zwischen und innerhalb der Generationen, in: Hessische Staatskanzlei, Hg., *Die Familienpolitik muss neue Wege gehen!* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 413-416
- Palier, Bruno (2000) 'Defrosting' the French Welfare State, in: Maurizio Ferrera & Martin Rhodes, Hg., *Recasting European Welfare States*, London: Frank Cass, 113-136
- Pampel, Fred C. (1994) Population Aging, Class Context, and Age Inequality in Public Spending, in: *The American Journal of Sociology* **100**:1, 153-195
- Pfenning, Astrid & Thomas Bahle (2000) *Families and Family Policies in Europe: Comparative Perspectives*, Frankfurt a.M.: Peter Lang
- Pierson, Paul (1994) *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment*, Cambridge: Cambridge University Press
- Pierson, Paul (1996) The New Politics of the Welfare State, in: *World Politics* **48**:2, 143-179
- Pierson, Paul, Hg. (2001) *The New Politics of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press
- Pochet, Philippe (2003) Pensions: the European Debate, in: Gordon L. Clark & Noël Whiteside, Hg., *Pension Security in the 21st Century. Redrawing the Public-Private Debate*, Oxford: Oxford University Press, 44-63
- Ponza, Michael, Greg J. Duncan, Mary Corcoran & Fred Groskind (1988) The Guns of Autumn? Age Differences in Support for Income Transfers to the Young and Old, in: *The Public Opinion Quarterly* **52**:4, 441-466
- Preston, Samuel H. (1984) Children and the Elderly: Divergent Paths for America's Dependents, in: *Demography* **21**:4, 435-457
- Price, Matthew C (1997) *Justice between Generations: The Growing Power of the Elderly in America*, Westport, CT: Greenwood
- Quine, Maria Sophia (1996) *Population Politics in Twentieth-Century Europe. Fascist Dictatorships and Liberal Democracies*, London: Routledge
- Rhodebeck, Laurie A. (1993) The Politics of Greed? Political Preferences among the Elderly, in: *The Journal of Politics* **55**:2, 342-364
- Rupp, Marina & Kurt P. Bierschock (2005) Kinderreich und arm zugleich?, in: *Zeitschrift für Familienforschung* **17**:2, 153-166
- Scharpf, Fritz W. & Vivien A. Schmidt, Hg. (2000a) *Welfare and Work in the Open Economy*, Bd. I: *From Vulnerabilities to Competitiveness*, Oxford: Oxford University Press
- Scharpf, Fritz W. & Vivien A. Schmidt, Hg. (2000b) *Welfare and Work in the Open Economy*, Bd. II: *Diverse Responses to Common Challenges*, Oxford: Oxford University Press
- Schludi, Martin (2005) *The Reform of Bismarckian Pension Systems. A Comparison of Pension Politics in Austria, France, Germany, Italy and Sweden*, Amsterdam: Amsterdam University Press
- Schmidt, Manfred G. (1995¹) *Demokratietheorien*, Opladen: Leske + Budrich (2000³)
- Schwartz, Herman (2001) Round Up the Usual Suspects! Globalization, Domestic Politics, and Welfare State Change, in: Pierson 2001, 17-44
- Sinn, Hans-Werner & Silke Uebelmesser (2002) Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany, in: *European Journal of Political Economy* **19**:1, 153-158

- Stähler, Thomas P & Sabine Roth (1999) USA, in: VDR, Hg., *Rentenversicherung im internationalen Vergleich 1999*, Frankfurt a.M: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, 245-279
- Stangeland, Charles Emil (1904) *Pre-Malthusian Doctrines of Population: A Study in the History of Economic Theory*, New York: Columbia University Press
- Steiber, Steven R. & Leonard A. Ferber (1981) Support for National Health Insurance: Intercohort Differentials, in: *Public Opinion Quarterly* 45:2, 179-198
- Swenson, Peter A. (2002) *Capitalists against Markets. The Making of Labor Markets and Welfare States in the United States and Sweden*, Oxford: Oxford University Press
- Tedin, Kent L., Richard E. Matland & Gregory R. Weiher (2001) Age, Race, Self-Interest, and Financing Public Schools through Referenda, in: *Journal of Politics* 63:1, 270-294
- Thelen, Kathleen A. (2003) How Institutions Evolve: Insights from Comparative-Historical Analysis, in: James Mahoney & Dietrich Rueschemeyer, Hg., *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*, Cambridge: Cambridge University Press, 208-240
- Thomson, David (1991) *Selfish Generations: The Ageing of the Welfare State*, Wellington, New Zealand: Allen & Unwin (1996²)
- Tsebelis, George (2002) *Veto Players: How Political Institutions Work*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Walker, Alan (1999) Political Participation and Representation of Older People, in: Walker & Naeyegele 1999, 7-24
- Walker, Alan & Gerhard Naeyegele, Hg. (1999) *The Politics of Old Age in Europe*, Buckingham, England: Open University Press
- Wallace, Steven P. & John B. Williamson (1992) *The Senior Movement: References and Resources*, New York: G. K. Hall
- Westoff, Charles F. (1984) Population Decline – A Democratic Dilemma, in: *Family Planning Perspectives* 16:1, 48-49
- Wilensky, Harold L. (2002) *Rich Democracies. Political Economy, Public Policy, and Performance*, Berkeley, CA: University of California Press
- Wilkinson, L. P. (1978) Classical Approaches to Population and Family Planning, in: *Population and Development Review* 4:3, 439-455
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2001) *Gerechtigkeit für Familien. Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs*, Stuttgart: W. Kohlhammer
- Wolf, Jürgen & Martin Kohli (1998) Die politische Macht der Älteren und der Generationenkonflikt, in: Wolfgang Clemens & Gertrud M. Backes, Hg., *Altern und Gesellschaft. Gesellschaftliche Modernisierung durch Altersstrukturwandel*, Opladen: Leske + Budrich, 147-169
- Zimmer, Zachary (2001) Besprechung von „The Overselling of Population Aging: Apocalyptic Demography, Intergenerational Challenges, and Social Policy“, hg. durch Ellen M. Gee & Gloria M. Gutman, in: *Population and Development Review* 27:2, 383-234